

Bremeneckgasse 2
69117 Heidelberg

Fon: 06221 – 9811-01
Fax: 06221 – 9811-90

zentralrat@sintiundroma.de
www.sintiundroma.de

**Ansprache von Romani Rose am 14. Dezember 2017 in der Gedenkstätte
Sachsenhausen**

- Bitte Sperrfrist 14. Dezember 2017, 11.30 Uhr, beachten! -

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Gutheil,
sehr geehrter Herr Dr. Morsch,
liebe Frau Strauss-Dreißig, liebe Überlebende,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Himmlers Befehl vom 16. Dezember 1942, mit dem die familienweise Deportation unserer Menschen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau angeordnet wurde, jährt sich zum 75. Mal.

Es scheint, als ob das Datum dieses Befehls, der vor über drei Generationen gegeben wurde, jetzt Geschichte werden könne. Für uns Sinti und Roma in Deutschland und in Europa ist dieses Datum aber immer gegenwärtig, es hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingebrannt. Für uns Sinti und Roma ist dieses Datum untrennbar mit der Ermordung unserer Familien verbunden.

Der 16. Dezember 1942 markiert wie kaum ein anderes Datum den tiefen Einschnitt in der Geschichte unserer Minderheit ebenso wie in unserer gemeinsamen deutschen Geschichte.

Wir wissen heute, daß alle relevanten NS-Institutionen an der Organisation der endgültigen Vernichtung von Sinti und Roma aktiv beteiligt waren:

Vom *Reichssicherheitshauptamt* und dessen *Reichskriminalpolizeiamt*, deren oberster Chef Himmler war, über die *Rassenhygienische Forschungsstelle*, bis hin zum *Sicherheitsdienst der SS*, dem *Rasse- und Siedlungshauptamt* und selbst dem SS-„*Ahnenerbe*“.

Nach dem Befehl Himmlers fand am 15. Januar 1943 – im Anschluß an ein Treffen von Himmler, Hitler und Bormann – eine Sitzung dieser NS-Institutionen im Reichssicherheitshauptamt statt, bei der die Details für die endgültige Vernichtung der Sinti und Roma in Europa beschlossen wurde. Hier setzten sich die radikalen „*Vernichtungspolitiker*“ mit ihrem *völkischen* Denken durch, das auf die sogenannte „*Reinheit der Rasse*“ durch die Vernichtung aller nicht zur „*Volksgemeinschaft*“ zählenden Menschen herstellen wollte. Das Ergebnis dieser Konferenz war der Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamtes vom 29. Januar 1943.

Mit Himmlers Befehl wurden die letzten noch im Reichsgebiet lebenden Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert; dies war der letzte Schritt der 1938 bereits festgelegten Vorgabe von Himmler, die sogenannte „*Zigeunerfrage*“ „*aus dem Wesen der Rasse heraus*“ zu lösen.

In der Folge wurden fast 23.000 Angehörige unserer Minderheit aus ganz Europa, darunter weit über 10.000 aus Deutschland, in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Für die allermeisten Menschen war es eine Fahrt in den Tod. Sie fielen dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erinnerung an den Holocaust ist für uns immer gegenwärtig. Aber wir dürfen dabei nicht stehen bleiben, wir müssen uns mit den Fragen der Gegenwart, und mehr noch, denen der Zukunft befassen.

Dies betrifft nicht allein die Situation unserer Minderheit. Gerade jetzt, wo nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen Ländern Europas ein neuer „*kranker Nationalismus*“ auftaucht, wie es der polnische Präsident Andrzej Duda jüngst bezeichnet hat, müssen wir uns gegen jedes neu aufkeimende sogenannte „*völkische Denken*“ zur Wehr setzen.

In Deutschland wurde die offen antisemitische und antiziganistische Partei *Aktion für Deutschland (AfD)* in den Bundestag gewählt. Die *AfD* grenzt mit ihrem rassistischen Denken Minderheiten aufgrund ihrer Abstammung oder ihrer Religion oder ihrer Herkunft aus und negiert damit grundlegende Verfassungsprinzipien wie den Schutz der Menschenwürde.

Die Auseinandersetzung mit der *AfD* muß in der Demokratie politisch geführt werden. Die demokratischen Parteien dürfen aber nicht mit der *AfD* in einen Konkurrenzkampf um deren nationalistische Ziele treten. Vielmehr muß deren Ideologie vor der Erfahrung unserer Geschichte in der Öffentlichkeit geächtet werden.

Hier haben die Gedenkstätten eine besondere Aufgabe, denn hier, im ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen, wird deutlich, was das Ergebnis des rassistischen Denkens, wie es die *AfD* wieder etablieren will, ist: der radikale Bruch mit allem, was Menschlichkeit und Zivilisation ausmachen.

Sachsenhausen war Teil eines umfassenden Systems der Massenvernichtung. Das Netz der Konzentrationslager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit den ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über 500.000 Sinti und Roma, davon ein großer Teil Kinder und Jugendliche, fielen dem staatlich organisierten Völkermord zum Opfer. Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur lagen Deutschland und ganz Europa in Trümmern, Millionen von Menschen hatten ihr Leben verloren oder wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir brauchen deshalb in Deutschland und in den europäischen Ländern einen Patriotismus, der auf den Werten von Demokratie und Rechtsstaat beruht.
vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Krisen stellt sich die Frage nach dem inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf eine existentielle Weise neu.
Dies gilt sowohl für Deutschland wie für Europa als politischer Union, die eine gemeinsame Vision teilt.

Die nationalistischen und völkischen Bewegungen in vielen europäischen Staaten sind zunehmend eine Bedrohung nicht nur für Minderheiten, sondern für unsere Demokratie – und damit für jene Werte, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in Europa in mühsamen Prozessen erkämpft wurden. Die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten ist notwendiger Bestandteil dieses mühsamen Prozesses, der so schnell keinen Abschluß finden kann.

Ich danke Ihnen.